

V2503 Postulat (SP/Juso) "Umsetzung Istanbul-Konvention"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, mit einem Aktions- und Massnahmenplan die Istanbul-Konvention auf kommunaler Ebene umzusetzen.

Begründung

Das «Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt», die sogenannte Istanbul-Konvention, erkennt Gewalt gegen Frauen als das an, was es ist: Eine Form von Menschenrechtsverletzung und Diskriminierung. Das Übereinkommen wurde 2011 in der Stadt Istanbul vom Europarat unterzeichnet. Die internationale Menschenrechtsnorm hat zum Ziel, Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt auf regionaler Ebene zu bekämpfen und zu beenden. Die Konvention verpflichtet die ratifizierenden Länder konsequent gegen Gewalt an Frauen und Mädchen vorzugehen, geschlechtsspezifische Gewalt zu bekämpfen und die Rechte von Gewalt-betroffenen auf Unterstützung und Schutz durchzusetzen. Mit der Ratifikation des Übereinkommens am 14. Dezember 2017 und seiner Inkraftsetzung am 1. April 2018 hat sich die Schweiz völkerrechtlich verpflichtet, entsprechende Massnahmen gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt umzusetzen und dem Europarat regelmässig darüber Bericht zu erstatten.

Die Istanbul-Konvention sieht Massnahmen auf allen Staatsebenen (Bund, Kanton und Gemeinde) vor. Der nationale Aktionsplan der Schweiz beinhaltet die folgenden Schwerpunkte: Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen sowie sexualisierte Gewalt. Verschiedene Städte und Gemeinden (wie bspw. Biel, Burgdorf, St. Gallen, Winterthur) haben bereits Massnahmen umgesetzt (siehe S.34ff. Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022-2026).¹ Die Gemeinde Köniz ist gefordert, einen stufengerechten Aktions- und Massnahmenplan zu erstellen und umzusetzen. Bestehende Projekte und Massnahmen sollen in den Plan einfließen.

Eingereicht

10.02.2025

Unterschrieben von 22 Parlamentsmitgliedern

Isabelle Steiner, Géraldine Boesch, Urs Mumenthaler, Roger Tanner, Rahel Gall, Franziska Adam von Däniken, Bülent Celik, Mayra Faccio, Laura Hoffman, Arlette Münger, Janka Hamm, Sara Gasser, David Müller, Christina Aebischer Zimmermann, Monika Röthlisberger, Lukas Erni, Andreas Hauser, Fabienne Marti Locher, Katja Streiff, Sandra Röthlisberger, Brigitte Rohrbach, Casimir von Arx

Antwort des Gemeinderates**1. Ausgangslage****Begriffliche Einbettung**

Die 2018 in der Schweiz in Kraft getretene Istanbul-Konvention definiert *häusliche Gewalt* als «alle Handlungen körperlicher, sexueller, psychischer oder wirtschaftlicher Gewalt, die innerhalb

¹ <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/72267.pdf>

der Familie oder des Haushalts oder zwischen früheren oder derzeitigen Eheleuten oder Partnerinnen beziehungsweise Partnern vorkommt, unabhängig davon, ob der Täter beziehungsweise die Täterin denselben Wohnsitz wie das Opfer hat oder hatte.»² Sie charakterisiert sich durch den Kontext emotionaler Nähe und – oftmals finanzieller oder Aufenthaltsrechtlicher – Abhängigkeit. Durch die Tatsache, dass häusliche Gewalt im privaten Raum stattfindet, ist das Thema stark tabuisiert.

Der im Postulat erwähnte Schwerpunkt I der *Information und Sensibilisierung der Bevölkerung* des Nationalen Aktionsplans der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022–2026 (NAK)³ hat zum Ziel, die Öffentlichkeit über die verschiedenen Formen häuslicher Gewalt und geschlechtsspezifische Gewalt, insbesondere Gewalt gegen Frauen sowie ihre gravierenden Folgen zu informieren.

Er beinhaltet folgende Massnahmenbereiche

- Kampagnen zu Gewaltprävention und Opferhilfe
- Information spezifischer Betroffenengruppen oder Settings
- Grundlagen zur Förderung von Gewaltlosigkeit und Geschlechtergleichstellung

Schwerpunkt II, die *Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen*, beabsichtigt, dass Fachpersonen und ehrenamtlich Tätige in allen relevanten Disziplinen geschult sind zur Erkennung und zum Umgang mit Opfern von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie gewaltausübenden Personen.

Der NAK definiert zu Schwerpunkt II folgende Massnahmenbereiche:

- Standards und Finanzierung
- Fachpersonen Städte und Gemeinden, Gesundheit, Opferberatung, Justiz und Polizei, Migration, Fachpersonen und freiwillig Tätige Bereich Kinder und Jugendliche

Als *Sexualisierte Gewalt* – Schwerpunkt III – definiert der NAK eine Form von geschlechtsspezifischer Gewalt als Folge von fehlender Gleichstellung der Geschlechter und Machtmissbrauch. Die Begriffe werden hauptsächlich verwendet, um zu verdeutlichen, dass strukturelle, geschlechtsspezifische Machtungleichgewichte Frauen und Mädchen in eine Position bringen, in der sie einem grösseren Risiko ausgesetzt sind, Opfer vielfältiger Formen von Gewalt zu werden. Auch Männer, Jungen und TINA-Menschen können Ziel von geschlechtsspezifischer Gewalt sein. Sexualisierte Gewalt betont, dass diese geschlechtsspezifische Dimension bei sexueller Gewalt besonders relevant ist und beim Umgang sowohl mit Opfern als auch mit Gewaltausübenden zu berücksichtigen ist.

Dieser Schwerpunktbereich bezweckt die Verhütung und Bekämpfung von sexualisierter Gewalt, wobei der Schutz von Gewaltopfern und die Berücksichtigung der Bedürfnisse besonders vulnerabler Gruppen im Zentrum des Handelns stehen. Schwerpunkt III enthält folgende Massnahmenbereiche:

- Kampagnen und Information zu sexualisierter Gewalt
- Grundlagen und Daten zum besseren Opferschutz
- Internationales Engagement gegen sexualisierte Gewalt

Datenlage

Zu Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt existieren Daten auf nationaler und kantonaler Ebene.

Gemäss Bundesamt für Statistik⁴ registrierte die Polizei im Jahr 2024 auf nationaler Ebene 21'127 Straftaten im häuslichen Bereich, davon 26 Tötungsdelikte. Bei den Opfern von Delikten häuslicher Gewalt handelt es sich mehrheitlich um weibliche Personen (rund 70%). Wie bereits in den Vorjahren wurde auch 2024 eine Zunahme von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häuslicher Gewalt festgestellt, wobei davon ausgegangen werden muss, dass die Dunkelziffer hoch ist und viele Fälle häuslicher Gewalt behördlich nicht bekannt sind.

² Art. 3 des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 11. Mai 2011 (Istanbul-Konvention, SR 0.311.35, Stand 6. Juni 2019), durch die Schweiz ratifiziert am 14. Dezember 2017 und in Kraft getreten am 1. April 2018.

³ [Nationaler Aktionsplan der Schweiz zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022–2026](#)

⁴ www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kriminalitaet-strafrecht/polizei/haeusliche-gewalt.html

Bei den Opfern der vollendeten Tötungsdelikten handelte es sich 2024 um 19 weibliche und 7 männliche Personen. Im ersten halben Jahr 2025 wurden in der Schweiz schon 18 Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen verzeichnet, d.h. weibliche Personen, welche von ihrem (Ex-)Partner, Vater oder von einem anderen Mann getötet wurden. Angesichts dieser alarmierenden Situation hat der Ausschuss zur Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Bund, Kantone und Gemeinden) im Juni 2025 entschlossenes und koordiniertes politisches Handeln gefordert und dringliche Massnahmen definiert.⁵

Auch im Kanton Bern wurde 2024⁶ erneut eine Zunahme (+14%) von polizeilich registrierten Straftaten im Bereich häusliche Gewalt festgestellt, wobei 5 von 6 registrierten Straftaten pro Tag im häuslichen Bereich stattfanden.

Auch das Inselspital und die Kinderschutzgruppe des Inselspitals berichten von Fallzunahmen, wie auch die Beratungs- und Schutzangebote des Kantons. Im Kanton Bern verzeichnete im letzten Jahr der Verwaltungskreis Bern-Mittelland den höchsten Anteil an Polizeieinsätzen mit strafrechtlichen Anzeigen zu häuslicher Gewalt (34%, gefolgt vom Verwaltungskreis Biel-Bienne mit 18%). Auch im Kanton Bern liegt der Anteil der registrierten weiblichen Opfer bei rund 70%. Gewaltausübende sind vorwiegend männlichen Geschlechts (75%).

Die polizeilichen Daten berücksichtigen nur Formen häuslicher Gewalt, die im Zusammenhang mit einer Straftat stehen. Während Frauen von physischer und insbesondere wiederholter schwerer Gewalt stark betroffen sind, betrifft psychische Gewalt Frauen und Männer gleichermaßen.⁷

In rund 60% der kantonalepolizeilichen Einsätze gegen häusliche Gewalt sind Kinder mitbetroffen.⁸

Gemäss Pro Senectute nehmen häusliche Gewalt und Missbrauch auch im Alter markant zu, indem sich die Fälle innerhalb von 10 Jahren verdoppelten.⁹ Da die Gewalt an älteren Menschen oft mit Überlastungen von pflegenden Angehörigen einhergeht, ist Gewalt im Alter noch stärker schambehaftet als bei anderen Altersgruppen und wird Gewalt im Alter mehrheitlich von Frauen ausgeübt, da diese stärker die Pflege ihrer Angehörigen involviert sind als Männer.¹⁰

Massnahmen und Strukturen Bund und Kanton Bern

Gestützt auf die Ratifizierung der Istanbul Konvention im Jahr 2018 hat der Bund den Nationalen Aktionsplan (NAP IK) mit 44 Massnahmen und den drei im Postulat erwähnten Schwerpunkten Sensibilisierung, Aus- und Weiterbildung sowie sexualisierte Gewalt verabschiedet. 2021 haben Bund und Kantone eine Roadmap zur häuslichen Gewalt unterzeichnet.¹¹ Im November 2025 lanciert das Eidgenössische Departement des Innern eine nationale Sensibilisierungskampagne zu allen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt.

Der Kanton Bern setzt sich seit der Ratifizierung der Konvention im 2018 gegen häusliche Gewalt ein. Unter der Leitung der Regierungsratsmitglieder:innen, die ihrerseits Aufgaben zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt wahrnehmen, finden im Kanton Bern regelmässig regionale Runde Tische statt. An diesen Runden Tischen diskutieren Behörden, Stellen und Institutionen des kantonalen Interventions- und Hilfesystems Massnahmen, Interventionen und neue Entwicklungen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt mit dem Ziel der kontinuierlichen Verbesserung.

Gestützt auf eine umfassende Bestandesaufnahme der Schweizerische Konferenz gegen Häusliche Gewalt zur Umsetzung der Istanbul Konvention auf kantonaler Ebene hat der Kanton Bern an einem Runden Tisch im Jahr 2018 die Diskussion zur Umsetzung der Istanbul Konvention lanciert. In der kantonalen "Analyse und Umsetzung der Istanbul Konvention"¹² hat der Kanton Bern 2021 sieben Schwerpunktthemen definiert und entsprechende Strukturen aufgebaut und weiterentwickelt. Die Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt des Generalsekretariats

⁵ [Medienmitteilung vom 26.6.2025](#)

⁶ [Jahresbericht 2024 "Häusliche Gewalt im Kanton Bern" der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt](#)

⁷ Vgl. Eidg. Büro für die Gleichstellung zwischen Mann und Frau: Infoblatt A4, Zahlen zu häuslicher Gewalt in der Schweiz, Juni 2020

⁸ [Jahresbericht 2024 "Häusliche Gewalt im Kanton Bern" der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt](#)

⁹ Pro Senectute: Zahlen und Fakten Gewalt im Alter

¹⁰ <https://alterohnegehalt.ch/gewaltmalter/#gewaltbeialterpaaren>

¹¹ [Beilage: Beilage-Bericht-19.05.2021-de \(PDF\)](#)

¹² [Roadmap Häusliche Gewalt](#)

der Sicherheitsdirektion wurde mit der Koordination der Umsetzung der Istanbul-Konvention beauftragt.

Im Bereich der *Beratung* zu und des *Schutzes* vor häuslicher Gewalt ist im Kanton Bern ein Netzwerk von Polizei, Behörden, Spitälern und privaten Institutionen tätig:

- Die Opferhilfe-Beratungsstellen beraten und unterstützen Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität verletzt wurden.
- Das Inselspital leistet Früherkennung, medizinische Versorgung und Beratung. Mit der Kinderschutzgruppe verfügt das Inselspital zudem über eine interdisziplinäre Abklärungs- und Beratungsstelle im freiwilligen Kinderschutz. Es gibt Gruppenangebote für betroffene Frauen, Männer sowie Kinder und Jugendliche. Die Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt der Sicherheitsdirektion des Kantons Berns bietet Hilfe für Betroffene, Institutionen und Zeug:innen sowie Gewaltberatung und ein Täter:innen-Lernprogramm gegen häusliche Gewalt an.
- Die Frauenhäuser für Frauen und Kinder, das Schutzhaus "ZwüscheHalt " für Männer, die Notschlafstelle Pluto für Jugendliche und die neue FINTA Notschlafstelle der Stadt Bern bieten Betroffenen Schutz und Beratung. Über die Hotline AppElle! sind die Frauenhäuser rund um die Uhr telefonisch erreichbar.
- Für Paare und Familien stehen die Beratungsstelle frabina für binationale Paare und Familien und die Paar- und Familienberatungsstellen der reformierten Kirchen zur Verfügung.
- Die Mütter- und Väterberatungsstellen haben den Auftrag zur Früherkennung und bieten Coachings zu Kinderschutzfragen an.
- Die Bernische Ombudsstelle für Alters-, Betreuungs- und Heimfragen informiert und berät zu Gewalt im Alter im privaten wie im institutionellen Setting.
- Eine wichtige Rolle nehmen auch die NGO's brava und Frieda ein, welche Weiterbildungen und die Informations- und Sensibilisierungskampagnen "16 Tage gegen Gewalt an Frauen*" umsetzen.
- Das Angebot "gggfon – Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus", mit welchem auch die Gemeinde Köniz einen Leistungsvertrag hat, bietet kostenlose Beratungen und Interventionen u.a. zu Gewalt im öffentlichen Raum an.

Massnahmen und Strukturen Gemeinde Köniz

In der Gemeinde Köniz sehen sich verschiedene Verwaltungsstellen regelmässig mit von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen konfrontiert.

Die **Abteilung Soziales** ist mit dem Dienstzweig Kindes- und Erwachsenenschutz und dem Dienstzweig Sozialberatung am direktesten und regelmässig mit der Thematik der häuslichen Gewalt befasst. Die Klient:innen werden je nach Situation abgeklärt, beraten und entsprechende Massnahmen ausgelöst respektive an die passenden Stellen weitertriagt.

Sowohl in der Sozialberatung wie im Kindes- und Erwachsenenschutz zeigen sich als grösste Herausforderung die fehlenden oder der Situation nicht angemessenen Schutzplätze. In den Frauenhäusern herrscht Platzmangel. Besonders anspruchsvoll ist es, Plätze für Frauen mit Kindern zu finden. Männliche Kinder sind ab einem gewissen Alter in den Frauenhäusern nicht mehr zugelassen. Kinder im Schulalter stellen zum Teil ein Sicherheitsrisiko dar, aufgrund der Zurückverfolgung der Kinder in das Frauenhaus.

Da Gewaltproblematiken oft mit Mehrfachbelastungen und insbesondere psychischen Erkrankungen einhergehen, wären in vielen Fällen psychotherapeutische Massnahmen erforderlich, wo jedoch lange Wartezeiten bestehen und geeignete Therapieplätze fehlen. In vielen Fällen sind Trennungen die Folge von Gewaltsituationen. Bei Personen, die in der Sozialhilfe sind, ist – im Unterschied zu den Gefährdungsmeldungen in Verantwortung des Kindes- und Erwachsenenschutzes – die Sozialberatung direkt verantwortlich. Die grösste Herausforderung sind dabei fehlende finanzierbare Wohnungen, so dass die Frauen oft zusammen mit gewaltbetroffenen Kindern in der Paarwohnung verharren müssen. Ebenso sind aufenthaltsrechtliche Konsequenzen oftmals ein Hindernis für die Auflösung von Gewaltsituationen.

Der Erwachsenenschutz umfasst auch Beistandspersonen von Tätern. Wenn dabei keine Kinder betroffen sind, erfolgt in diesen Fällen nur eine Meldung zum Regierungsstatthalteramt und Täter:innen erhalten lediglich eine Aufforderung zu Täter:innenberatung, was aus Sicht der Fachpersonen problematisch ist.

Bei denjenigen Fällen, die mit Polizei-Interventionen einhergehen, ist die Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei betreffend Meldewege und Triagen zuweilen unklar.

Auch der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den in die Fälle involvierten Fachstellen ist oft zu wenig klar und lückenhaft.

In der **Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport** sieht sich die Schulsozialarbeit regelmässig mit dem Verdacht auf häusliche Gewalt konfrontiert. Sie wirkt bei der Einschätzung der Gefährdung von Kindern durch direkte Gewalt oder das Miterleben von Partnerschaftsgewalt beratend mit und unterstützt die Schule bei den entsprechenden Massnahmen. Die Schulsozialarbeit hat gegenüber ihren Vorgesetzten (Schulleitung am Standort) eine Meldepflicht und bleibt idealerweise für alle Beteiligten im Prozess beratend involviert. Oft sind die Schulsozialarbeitenden auch die erste Anlaufstelle für Kinder, wenn sie sich zum ersten Mal diesbezüglich äussern. Bei Bedarf triagiert die Schulsozialarbeit Eltern an Opferberatungsstellen. Bei Meldungen einer möglichen Kindeswohlgefährdung arbeitet sie eng mit der Fachstelle Abklärung des Dienstzweigs Kinds- und Erwachsenenschutz zusammen. Die Schulsozialarbeit hat auch die Aufgabe, die Schulleitungen und Lehrpersonen bei Vorfällen von Gewalt an Frauen/häuslicher Gewalt zu beraten. Die Thematik ist im Lehrplan 21 nicht abgebildet.

An die Kinder- und Jugendarbeitenden werden Gewaltthemen selten direkt adressiert. Wenn sich jedoch Hinweise auf Gewaltbetroffenheit der Kinder und Jugendlichen ergeben, triagieren die Kinder- und Jugendarbeitenden die Fälle an den Fachbereich Prävention. In der Arbeitsgruppe Früherkennung erarbeitet die juk zudem aktuell systematische Abläufe zum Thema Kinderschutz aus.

Im Vorschulbereich ist die Gewalt an Frauen und Mädchen im Rahmen des Hausbesuchsprogramms schrittweise ebenfalls regelmässig, und sowohl in schweizerischen wie ausländischen Haushalten ein Thema, das von den Hausbesucherinnen umgehend aufgenommen wird. Das Hausbesuchsprogramm arbeitet dabei eng mit der Mütter- und Väterberatung zusammen, wobei diese primär den Kindsschutzbereich abdeckt. Vorkommnisse im Bereich der Gewalt unter den Erwachsenen können hier weniger abgedeckt werden und es fehlt hier an fachlicher Beratung im Bereich des freiwilligen Erwachsenenschutzes.

Zu den im Vorstoss erwähnten **Themenbereichen des Nationalen Aktionsplans** (*Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen sowie sexualisierte Gewalt*) gab und gibt es in der Gemeinde Köniz vereinzelte, jedoch bisher unkoordinierte Massnahmen.

Im Bereich der *Information und Sensibilisierung der Bevölkerung* zum Thema Gewalt gegen Frauen/ häusliche Gewalt und der *sexualisierten Gewalt* werden beispielsweise im Projekt des Fachbereichs Prävention "Köniz schaut hin" Bezugspersonen von Kindern und Jugendlichen zu verschiedenen Themen beraten und unterstützt, so auch zu Konfliktlösung, Mobbing- und Gewaltprävention oder Intervention bei sexueller Grenzverletzung, Ausbeutung und Belästigung.

Einzelne Schulstandorte greifen zusammen mit Fachpersonen mit dem Bilder- und Erzählbuch „Imi fliegt“ das Thema häusliche Gewalt und Trennung auf. In der 3. bzw. 4. Klasse durchlaufen die Kinder aller Schulhäuser den Parcours „Mein Körper gehört mir“. Im Zyklus 3 wird das Präventionsprojekt „Herzsprung“¹³ jährlich flächendeckend durchgeführt. Das Programm zielt spezifisch auf die Förderung der Beziehungskompetenzen und eines respektvollen und gewaltfreien Umgangs in jugendlichen Paarbeziehungen ab. Auch das Projekt „Ja, Nein, Vielleicht“ <https://janeinvielleicht.ch/> wird punktuell angeboten.

Neben den bereits genannten Präventionsprojekten „Köniz schaut hin“ und „Herzsprung“ legt der Fachbereich Prävention, basierend auf der Ethikcharta der Gemeinde Köniz¹⁴, derzeit besonderen Fokus auf die Verhinderung sexueller Übergriffe und die Förderung gesunder Aufwuchsbedingungen.

¹³ <https://education21.ch/de/bildungsaktivitaet/herzsprung-freundschaft-liebe-und-sexualitaet-ohne-gewalt>

¹⁴ Ethikcharta der Gemeinde Köniz

Die Juk Köniz weist im Rahmen ihres Informations- und Beratungsauftrags kontinuierlich auf die Kinder- und Jugendangebote für Gewaltbetroffene hin, wie etwa das Telefon 147 oder die Not-schlafstelle Pluto. In den Beratungssettings und den Kursangeboten der Gemeinde liegen die Notfallkarte und das Faltblatt zur Notfallkarte der Berner Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt auf. In einzelnen Kursen für die Migrationsbevölkerung wird das Thema Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt aufgegriffen. Im Altersbereich wird das Thema im Kontext der Betreuung und Pflege von Angehörigen bei Bedarf aufgegriffen und werden entsprechende Informationsmaterialien abgegeben.

Im Bereich der *Aus- und Weiterbildung* von Fachpersonen und ehrenamtlich Tätigen hat unter Einbezug der Fachstelle Häusliche Gewalt und Stalking der Stadt Bern im April 2025 eine Weiterbildung für die Schulsozialarbeitenden der Gemeinden Köniz stattgefunden. Auch die Mitarbeitenden des Hausbesuchsprogramms schrittweise bilden sich regelmässig zum Thema weiter.

Die Aus- und Weiterbildung der Lehrpersonen zum Thema erfolgt nur punktuell.

In der Sozialberatung und im Kinds- und Erwachsenenschutz wie in der Beratung der Alters- und der Integrationsbeauftragten und der offenen Kinder- und Jugendarbeit Köniz (juk) gehören Kenntnisse der Thematik zur Grundausbildung. Diese werden nach individuellem Bedarf aufgefrischt. Aus Sicht der Fachpersonen wäre jedoch eine Sensibilisierung respektive Weiterbildung der ersten Anlaufstellen der Verwaltung wichtig, beispielsweise des Schalterpersonals der Gemeinde und der Einwohnerdienste.

Im Bereich der ehrenamtlich Tätigen fand im Altersbereich bisher keine spezifische Weiterbildung zum Thema statt, das Thema wird jedoch mit den Freiwilligen thematisiert. Die im NAK explizit erwähnten Freiwilligen im Jugendbereich, namentlich die Sportvereine, Pfadfinder und die Könizer Jugendgruppen Dachorganisation (KJGO), wurden im Rahmen von "Köniz schaut hin" sensibilisiert und das Beratungsangebot der Fachstelle Prävention, Kinder- und Jugendarbeit (FPKJ) steht ihnen bei Fragen und Vorfällen jederzeit zur Verfügung. Einzelne Vereine sensibilisieren ihre Mitarbeitende regelmässig mit Unterstützung der Fachstelle.

Der Themenbereich der *sexualisierten Gewalt* ist bei den Fällen, mit denen die Verwaltungsmitarbeitenden im Kontakt stehen oftmals ein integraler Bestandteil der Problematik. Spezifisch erfasst werden Vorfälle von sexualisierter Gewalt in der Statistik Fallberatung der FPKJ. Von den jährlich ca. 130 Anfragen bei der Fachstelle Prävention betrifft ca. ein Viertel der Fälle den Themenbereich der Sexualisierten Gewalt.

2. Einschätzung des Handlungsbedarfs

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Entwicklungen der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt und der Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen schweizweit und im Kanton Bern besorgniserregend sind.

Die Gemeinde berät gewaltbetroffene Kund:innen und Klient:innen bestmöglichst und triagiert diese an die weitreichenden Angebote im Kanton Bern. In erster Linie fehlt es jedoch an Therapieplätzen und Schutzplätzen. Handlungsbedarf besteht zudem beim Austausch und der Koordination unter den Fachpersonen und mit der Polizei.

In den Schwerpunktthemen des Nationalen Aktionsplans gibt es in der Gemeinde einige Massnahmen, es fehlt jedoch an einem entsprechenden Auftrag und der damit einhergehenden Gewichtung der Thematik, an einem an den best practice Beispielen orientierten Massnahmenplan und an klaren Zuständigkeiten und einem koordinierten Vorgehen.

Angesichts der Zunahme von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt und deren individuellen wie gesellschaftlichen Folgen sind für die Umsetzung der Istanbul Konvention alle föderalen Ebenen gefragt. Damit kann Leid gemindert und können Folgekosten verhindert werden.

Der Gemeinderat begrüsst daher das Anliegen der Motionär:innen, einen kommunalen Aktions- und Massnahmenplan zur Verhütung und Bekämpfung geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt zu entwickeln.

3. Finanzen

Für die Erarbeitung eines stufengerechten Aktions- und Massnahmenplans gegen Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt sind aktuell keine personellen und finanziellen Ressourcen vorhanden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat wird erheblich erklärt.

Köniz, 06.08.2025

Der Gemeinderat